

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Ode, Düsseldorf, Konkordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Der Schlüssel des Erfolges der ganzen Tätigkeit des Verbandes

liegt darin, daß recht viele Mitglieder freiwillig sich als Mitarbeiter der Verbandsleitung zur Verfügung stellen.

Zurück zum Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit!

„... Alles Menschenwürden, aus dem der Idealismus verschwunden ist, geht in Verwesung über, wie ein Körper, aus dem die Seele entweicht.“ Sombart.

Ueber die christliche Gewerkschaftsbewegung herrscht vielfach in den eigenen Kreisen noch große Unkenntnis. Wenn man die Neulinge in den einzelnen Verbänden sich näher betrachtet, so muß man feststellen, daß es größtenteils nicht die Erkenntnis ist, daß man durch geschlossene Berufsorganisationen bessere Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse erreichen kann, sondern es sind zumeist die zur Zeit bestehenden traurigen Lebensverhältnisse des Arbeitnehmers, die den Anstoß zu einer gewerkschaftlichen Organisation dringend notwendig machen. Darum muß es Aufgabe aller alten Verbandsmitglieder sein, die zahlreichen „jungen“ Kolleginnen und Kollegen mit unseren christlichen Gewerkschaftsidealen vertraut zu machen. Aus den Indifferenten müssen unter allen Umständen Idealisten gemacht werden!

Niemals darf das Streben nach hohem Lohn und kurzer Arbeitszeit einzig und allein der ganze Inhalt unserer Gewerkschaftsbewegung bilden. Wir wollen allgemein bessere Zustände in der Welt schaffen. Wir wollen das ganze Volk heben, besonders aber das arbeitende. Gemeinschaftsgefühl statt Egoismus, Idealismus statt Materialismus, Disziplin, Unterordnung und Ordnungssinn, das muß unsere Losung sein. Die deutsche Arbeiterbewegung steht vor der größten und auch schwierigsten Aufgabe, die je einer Standesbewegung zugefallen ist. Mit dem Umsturz des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems ist die Vorherrschaft, die bisher das Kapital und insbesondere die Landwirtschaft auf dieses System und damit auf das gesamte Volksleben ausübte, auf den Arbeiterstand übergegangen. Der Arbeiterstand und damit die Arbeiterbewegung ist berufen, der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Kultur der Zukunft Richtung und Ziel zu geben. Daraus allein schon erklärt sich, von welcher unabsehbarer Bedeutung für Volk und Gesellschaft die Frage ist:

Welcher Geist befeelt die Arbeiterbewegung und wie sind seine Auswirkungen?

Soll die Gesellschaft der Zukunft von Nächstenliebe, von Menschenwürde, von Gerechtigkeit getragen sein, soll sie in bezug auf Sitten und Kultur sich vorteilhaft abheben von der Kultur der Vergangenheit, so muß in erster Linie die Arbeiterbewegung von einer großen sittlichen Idee getragen sein.

Unser gewerkschaftlicher Kampf für Pflege des Familienlebens durch Arbeitszeitverkürzung, um Lohnverbesserung zur besseren Ernährung und für gute Wohnungen, Schutz des Lebens und der Gesundheit, Ermöglichung körperlicher und geistiger Pflege der Kinder — alles das sind nicht nur gewerkschaftliche Ziele unserer Bewegung, sondern auch wahrhaft christliche Gebote. Und das Kulturleben der Zukunft muß aufgebaut werden auf der Grundlage dieser christlichen Sittengebote. Nur dann kann die Arbeiterbewegung auch in des Wortes wahrstem Sinne ein Kulturfaktor der Zukunft werden. Christlich-soziale Lebensgrundzüge, Höflichkeit und Menschlichkeit müssen zu Programmpunkten zu Fundamentalgrundsätzen der

Arbeiterbewegung werden. Diese zur Anerkennung zu bringen — das ist das große welt-erneuernde Ziel, der lebendige Kampf unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Um dieses große Ziel erreichen zu können, ist aber vor allem eines unbedingt notwendig: Alle jetzt noch indifferenten Verbandsmitglieder müssen wahrhaft überzeugte Gewerkschaftler werden, wirkliche Idealisten, die auch mit ganzer Seele und aus voller Überzeugung christliche Gewerkschaftler sind! Der wirklich herz-erfrischende und zu jedem persönlichen und materiellen Opfer bereite Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit muß in unsern Reihen wieder einkehren. Dieser Gewerkschaftsgeist, der vor zwanzig und mehr Jahren tausende deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen mit heller Begeisterung für die hohen und sittlichen Ideale einer christlichen Arbeiterbewegung erfüllt hat, muß uns auch heute wieder neu beleben. Idealismus und Opfersinn der Gründungszeit müssen alle Verbandsmitglieder wieder befeelen, soll unser Verband in der Lage sein, zu seinem Teile zur Lösung der schwierigsten Aufgabe, die je einer Standesbewegung zugefallen ist, mit- beitragen zu können. Es muß unter allen Umständen wieder so werden wie in der Gründungszeit unserer Gewerkschaften: An freiwilligen und wirklich arbeits- und opferfreudigen Mitarbeitern im Verband darf kein Mangel entstehen! Und bei diesen Mitarbeitern darf nicht die Sucht nach Prozentsätzen oberstes Grundgesetz ihres Handelns sein, sondern die Liebe zur Arbeiterbewegung, der Gedanke, durch Mitarbeit einer Kulturmission, die wahrhaftig des Schweißes der Edlen wert, gedient zu haben.

Aus diesen Erwägungen heraus können wir auch vor allem unsern „Neulingen“ im Verband das eifrige Studium unseres Verbandsorgans und des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften nicht dringend genug empfehlen. Und auch durch das Lesen der Berichte über die Verhandlungen unserer Generalversammlungen werden sie nicht nur allein mit der Entstehungsgeschichte unseres Verbandes bekannt, sondern sie erhalten auch einen Einblick in die gewaltige Arbeit, die nun schon seit zwei Jahrzehnten von unserm Verbands im Interesse der Arbeiter verrichtet worden ist. Sie werden durch das Lesen zu der Erkenntnis gelangen, daß andere auch für sie große Opfer gebracht und schwere Kämpfe haben führen müssen zu einer Zeit, wo sie noch abseits standen. Das wird dann mit dazu beitragen, daß sie die Gewerkschaftsarbeit achten und schätzen lernen. Es wird vielleicht für manche ein Ansporn sein, in der Vergangenheit Versäumtes in der Zukunft wieder gut zu machen.

Die Gewerkschaftsbewegung fordert nun einmal den ganzen Menschen von jedem Mitglied. Wenn wir nun einmal Mitglied einer Gewerkschaft sind, dann wollen wir es auch voll und ganz sein. Wir wollen uns darum auch allüberall als Gewerkschaftler fühlen und uns auch bewähren. Entweder — oder! Entweder stehen wir ganz zu ihr, oder wir sind keine Gewerkschaftler, die diesen Ehrennamen des heutigen Lohnarbeiters verdienen.

Gewerkschaftler sein, heißt an hervorragender Stelle mitwirken an der Hebung des Arbeiterstandes. Der Hebung! Nicht damit ist die Hebung erschöpft, daß eine materielle Besserstellung erfolgt. Denn materielle Besserstellung kann sogar sittlichen Rückgang zur Folge haben. Sie wird aber bestimmt zur Hebung des Standes und des einzelnen Angehörigen führen, wenn der einzelne und der ganze Stand mit dem materiellen zugleich ein geistiges Aufwärtssteigen vorbereitet und durchführt. Dann sind die Vorbedingungen geschaffen, die die materielle Besserstellung zinsen tragen lassen.

Darum also erfordert die Gewerkschaft den ganzen Menschen. Nur wer ganz bei der Sache ist, kann Disziplin genug entwickeln, um unter allen Umständen das Ganze über den Einzelnen und namentlich über den störrigsten Einzelnen: Das eigene Ich zu stellen! Der Gewerkschaftler muß

immer das eigene Ich der Gesamtheit unterordnen. Er muß geschult genug sein, täglich den größten Sieg zu erfechten: den über sich selbst. Dann wird er mit der Gewerkschaft leben und zu denen gehören, die Freiheit und Leben verdienen, weil sie täglich sie erobern. Ein ganzer Gewerkschaftler — ein ganzer Mensch!

Umsatzsteuer und Textilindustrie.

Bei den außergewöhnlichen Verpflichtungen, die das Deutsche Reich hat, müssen Steuern erhoben werden, die fast über das Maß des Erträglichen hinausgehen. Es ist darum auch verständlich, daß die Regierung nicht gänzlich auf indirekte Steuern verzichten kann. Würden nur allein direkte Steuern erhoben, dann wäre die Belastung für alle Industrien so groß, daß viele Betriebe nicht mehr rentabel wären, d. h. sie würden nicht mehr so viel verdienen, als wie sie Steuern aufzubringen hätten. So wie die Dinge heute liegen, kann man auch von der sehr wahrscheinlich schon am 1. Januar 1920 in Kraft tretenden Umsatzsteuer sagen, daß sie ein notwendiges Übel darstellt.

Nach der ursprünglichen Regierungsvorlage sollte auch die Textil- und Bekleidungsindustrie eine wesentliche Belastung durch die Umsatzsteuer erfahren. Diese Vorlage sah vor:

1. Eine allgemeine Umsatzsteuer von 1 vom Hundert;
2. Eine Umsatzsteuer von 5 vom Hundert beim Kleinhandel für hauswirtschaftliche Gegenstände;
3. Eine erhöhte Steuer von 10 vom Hundert auf die Lieferung bestimmter Gegenstände, die beim Hersteller erhoben werden sollte;
4. Eine erhöhte Umsatzsteuer von 15 vom Hundert auf die Lieferung von Luxusgegenständen im Kleinhandel.

Diese sehr komplizierte Vorlage wurde vom Ausschuss der Nationalversammlung verworfen und von diesem beschlossen, nur eine allgemeine Umsatzsteuer von 1/4 vom Hundert, sowie eine erhöhte Umsatzsteuer von 15 vom Hundert auf die Lieferung von Luxusgegenständen vorzuschlagen. Nun können die Ansichten darüber, was eigentlich Luxusgegenstände sein sollen, sehr weit auseinander gehen. Auf jeden Fall muß aber die Steuergesetzgebung Rücksicht nehmen auf die Industrie und das Gewerbe. Erst recht, wenn es sich um Besteuerung von Fabrikaten überaus gefährdeter Industriezweige handelt, wie es zurzeit die Textilindustrie und das Bekleidungs-gewerbe tatsächlich sind. Gerade bei diesen treten die Schwierigkeiten besonders stark hervor und müßte darum eine Besteuerung ihrer Fabrikate im Interesse ihrer Wiederbelebung, wie aber auch im Interesse ihrer Minderbemittelten, die einmal auf die Beschäftigung in der Textilindustrie bzw. im Bekleidungs-gewerbe, wie auch auf den Ankauf von Textilerzeugnissen angewiesen sind, wenn nicht vollständig unterbleiben, so doch möglichst schonend erfolgen.

Es besteht einmal die große Gefahr, daß auch diejenigen mit der Umsatzsteuer belastet werden, die sich gar kein Luxuskleidungsstück, sondern nur einen nötigen Gebrauchsgegenstand anschaffen wollen. Nach der Vorlage sollten unter die Steuer fallen Gewebe, ganz oder überwiegend aus Seide, Kunstseide oder Wolle, Brokatstoffe, Samt oder Plüsch, samt- oder plüschartige Gewebe, ferner fertige Gegenstände aus Seide, Kunstseide, aus Samt oder Plüsch, samt- oder plüschartigen Geweben. Sowohl die Waren als wie die fertigen Gegenstände sollten ohne Rücksicht auf die Höhe des Preises steuerpflichtig sein. Die Auffassung, nach der Gewebe aus Seide oder teilweise aus Seide ohne weiteres als Luxusgegenstände behandelt werden könnten, ist eine durchaus irrige. Eine Anzahl dieser Gewebe werden in den letzten Jahren in ganz beträchtlichem Ausmaße zu Gegenständen des täglichen Bedarfs verwendet, so z. B. Blusen-, Strick-, Futter- und Schirmstoffe.

Richtig ist auch, was Herr Prähig im „Konfessionär“ Nr. 59 vom 6. November 1919 über die Ungeeignetheit der Textilerzeugnisse für eine Besteuerung darlegt. Die Verwendungsmöglichkeit von Textilien lasse diese Erzeugnisse überhaupt ungeeignet erscheinen, in erhöhter Steuerpflichtige und nicht erhöht steuerpflichtige Kategorien zu zerlegen. Das trifft ganz besonders auf die Meterware zu. Dem Wollstoff, den ich laufe, sehe ich nicht an, ob aus ihm ein Luxuskleidungsstück oder ein solches für den gewöhnlichen Gebrauch gemacht wird. Würde man also auch Meterware mit der Luxusumsatzsteuer belegen,

um zu verhindern, daß die Steuer durch Ausschaltung des Konfektionärs umgangen werden kann, so würde man auch alle Verbraucher gewöhnlicher Kleidung mit der Luxussteuer von 15 vom Hundert belegen. Man erwäge nur, was das heißt, bei den heutigen Tuchpreisen.

Gegen die Erhebung der erhöhten Umsatzsteuer spricht aber auch noch ein schwerwiegender Grund, der auf wirtschaftlichem Gebiete liegt. Die Samt- und Seidenindustrie, die ihre Rohstoffe aus dem Ausland beziehen, müssen durch Ausfuhr ihrer Erzeugnisse die Devisen schaffen, mit denen sie ihre Rohstoffe bezahlen. Für eine Industrie, die ihre Erzeugnisse an das Ausland absetzt, bedeutet eine Steuer, die den Charakter einer ausgeprochenen Fabriksteuer trägt, ein empfindliches Hemmnis. Die Seiden- und Samtindustrie führte vor dem Kriege einen beträchtlichen Teil ihrer Erzeugnisse aus, im Jahre 1913 für fast 200 Millionen Mark. Eine Anzahl Erzeugnisse aus Kunstseide ist geradezu bereits das Ausführgeheimnis zu haben. Schon im Interesse unserer Valuta müßte darum alles unternommen werden, um unsere Ausführindustrien zu unterstützen.

5 Millionen Mark zur Förderung der Textilforschung.

Die Reichsregierung hat in diesem Frühjahr in der Nationalversammlung in Weimar 1 1/2 Millionen Mark zur Errichtung eines Textilforschungsinstituts in Berlin angefordert. Die Forderung wurde vor allem damit begründet, daß die Möglichkeit, den für das Institut in Aussicht genommenen Professor Herzog zu gewinnen, nur noch kurze Zeit gegeben sei. Der Antrag der Regierung wurde abgelehnt.

Im neuen Etat hat die Regierung wieder 5 Millionen Mark angefordert. Diesmal wurde die Forderung bewilligt. Die Regierung will neben den bereits bestehenden Forschungsstätten noch ein neues Forschungsinstitut errichten und diesem Institut sollten nach der Vorlage der Regierung 1 1/2 Millionen Mark, den alten Instituten insgesamt aber auch nur 1 1/2 Millionen zur Verfügung gestellt werden und der Rest von 2 Millionen einem zu bildenden Kuratorium zur Verwaltung und Verteilung übergeben werden. Die Regierung wollte also eine offensichtliche Benachteiligung der alten und eine Bevorzugung des neuen Instituts, für das man anscheinend wieder den Professor Herzog vorgezogen hatte.

Eine sachliche Notwendigkeit für die Errichtung eines neuen Instituts konnte nicht anerkannt werden. Weil ihm aber der Ausbau der alten Institute viel zweckmäßiger erschien, stellte Abg. Erasing im Haushaltsausschuß folgenden Antrag:

Die von der Regierung angeforderten 5 Millionen Mark zur Förderung des Textilforschungswezens sollen unter die bestehenden Institute verteilt werden.

Beim Reichswirtschaftsministerium ist zur Erledigung der laufenden Geschäfte eine Abteilung für das Textilforschungswezen zu errichten.

Für einheitliche Durchführung des Textilforschungswezens ist ein „Kuratorium zur wissenschaftlichen Förderung der deutschen Textilindustrie“ zu errichten. Das Kuratorium soll

aus 30 Mitgliedern bestehen. Die Zusammenziehung soll in der Weise erfolgen, wie in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vorgelegt ist. Jedoch sollen die zwei Vertreter für das neu zu errichtende Berliner Institut in Wegfall kommen. Die 18 Vertreter der Industrie (9 Arbeitgeber, 9 Arbeiter) sollen von der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Textilindustrie in Vorschlag gebracht werden.

Der Vorsitzende des Kuratoriums beruft dessen Mitglieder jeweils nach einem ihm geeignet und zweckmäßig erscheinenden Ort zu Sitzungen ein.

Dem Kuratorium ist ein „Wissenschaftlicher Beirat“ nach den Vorschlägen in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums zur Seite zu stellen.

Bei der Begründung des Antrages wies der Abg. Erasing darauf hin, daß auch der deutsche Textilarbeiterverband und sein Vorsitzender Hädel eine Notwendigkeit für die Errichtung eines neuen Instituts nicht anerkennen würden. Dies gab dem Abg. Kräßig Veranlassung zu der Bemerkung, daß die Gewerkschaftsvorstände keine

Bist du alt

und willst du ein überzeugter Gewerkschaftler sein, dann diene als Vorbild deinen jüngeren Kolleginnen und Kollegen und erfülle gewissenhaft deine gewerkschaftlichen Pflichten.

Sachverständigen seien. Wir wollen nun mit dem Herrn Kräßig darüber nicht streiten, sind aber der Meinung, daß die Vertreter der Arbeiterorganisationen ebenso gute Sachverständige sind, wie der Herr Kräßig und all die anderen Leute, die für die Errichtung des neuen Instituts und für den Professor Herzog sind. Als Kräßig noch Gewerkschaftsangehöriger war, hat er sich jedenfalls nicht so abprechend über die Sachverständigkeit der Leitungen der Textilarbeiterorganisationen geäußert. Auch der Antrag, daß die Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber statt durch die Regierungen, durch die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Textilindustrie vorzuschlagen seien, fand bei Herrn Kräßig wenig Gegenliebe. Er meinte: Er hätte ja nichts dagegen, die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Textilindustrie funktioniere aber noch nicht, recht, und da sei es besser, wenn die Regierungen die Vorschläge machen würden.

Nach längerer Aussprache in einem eigens hierzu ein-gelegten Ausschuß wurde dann dem Vorschlag der Regierung zugestimmt, jedoch mit der Maßgabe, daß die alten Institute nicht 1 1/2, sondern 3 Millionen erhalten sollen. Das neue Institut soll 1 1/2 Millionen erhalten und zur Verfügung des Kuratoriums sollen nur 500000 Mark verbleiben.

Die Ergebnisse des neuen Forschungsinstituts müssen nun abgewartet werden. Auf jeden Fall muß aber anerkannt werden, daß die alten Forschungsanstalten, und zwar bisher ohne jede Unterstützung aus Reichsmitteln, nur Gutes geleistet haben.

Das Loch im Westen.

Unser Wirtschaftsleben blutet aus tausend Wunden. Die Zahl der Arbeitslosen redet eine deutliche Sprache. Unsere Valuta sinkt immer weiter, die deutsche Mark hat noch einen Wert von 10 Pf. Der verlorene Krieg und die Revolution sind nicht die einzigen Ursachen. Verschiedene Umstände wirken zusammen, daß die Wunden an unserem Wirtschaftskörper nicht schneller geheilt werden. Eine große Wunde ist das Loch im Westen, wie es Reichswirtschaftsminister Schmidt kürzlich in einer Rede bezeichnet hat. Auch der Reichsfinanzminister klagte über das Fehlen einer Zollgrenze im Westen und den dadurch möglichen Schmuggel und das sich breitmachende Schieberium.

Die Arbeiterschaft hat ein besonderes Interesse daran, daß dieses Loch verstopft wird. Gewiß, wir haben ein Interesse daran, daß uns mehr Lebensmittel aus dem Ausland zugeführt werden. Die Behörde tut auch alles nach dieser Richtung; aber dem wilden Aufstau von Berichten der Waren durch unkontrollierbare Wucherer muß ein Diegel vorgeschoben werden.

Welche Ummengen Luxusartikel werden heute über die westliche Grenze nach Deutschland geschoben! Es sind Werte von ungezählten Millionen. Genussmittel wie Kaffee, Tee, Schokolade, Kakao, Tabak, Zigaretten usw. wandern ebenfalls in großer Menge über die Grenze. Tausende Schieber machen ein glänzendes Geschäft dabei. Man kann es wohl verstehen, wenn Arbeiter nach des Tages Arbeit eine Pfeife Tabak oder eine Zigarette rauchen wollen, man hat Verständnis für den Wunsch, wieder einmal Kaffee oder „echten“ Tee zu trinken oder eine Tafel Schokolade zu essen; aber man ist sich der Gesamtwirkung dieser Art der Verforgung, nicht bewußt.

Die Millionen, die für Luxusartikel und Genussmittel über die Grenze wandern, verschlechtern unsere Valuta. Unser Geld ist ohnedies entwertet. Kaufen wir für 150 M., so müssen wir 1000 M. dafür bezahlen. Wir müssen Devisen und Kredite in Anspruch nehmen. Diese bedürfen wir aber zum Kauf der notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Wäre es nicht besser, an Stelle der genannten Genussmittel oder gar Luxusartikel lebenswichtige Güter einzuführen? Wäre es nicht besser, Einkauf, Verkauf und Verteilung den Behörden zu überlassen? Dadurch bekämen auch die Rinderbemittelten etwas im Gegensatz zu heute, wo hauptsächlich besser-steuerte und solche Leute die genannten Waren erhalten, die die „nötigen Verbindungen“ haben. Die Behörde würde die Waren auf dem üblichen Wege einführen. Unsere norddeutschen Einfuhrhäuser würden dabei gewinnen. Die Zahl der Arbeitslosen ginge zurück. Wieviel Geld stecken heute allerlei fremdländische und deutsche Agenten für die Verchiebung von Waren ein und wieviel Schmier-gelder werden von lauerverdienten Arbeitergroßchen bezahlt?

Dazu kommt eine weitere Folge. Durch die großen Mengen englischer und amerikanischer Zigaretten, mit denen jetzt Deutschland überflutet wird, werden unsere deutschen Tabakarbeiter arbeitslos gemacht. Die deutsche Regierung hätte, wenn man nicht auf den Tabak verzichten will, ein größeres Interesse daran, Tabak einzuführen und diesen in Deutschland verarbeiten zu lassen. Dadurch würden deutsche Arbeiter Beschäftigung und Verdienst finden. Deutsche Arbeiter sind es also, die

Mögliche Wirkungen der Kriegsentschädigung.

Allen Schäden, den Deutschland während des Krieges in Feindesland angerichtet hat, soll es wieder gutmachen. Die Wiedergutmachung spielte schon in den Auseinandersetzungen vor dem Kriegsende eine große Rolle. Zur Wiedergutmachung gehört die Bezahlung der Kriegsschäden und die Abtretung des Landes, das sich Deutschland nach der Auffassung seiner Feinde vor dem großen Kriege widerrechtlich angeeignet hatte. Das inzwischen nach dem Friedensvertrag abgetretene Land mag in diesen Erörterungen unberücksichtigt bleiben, weil wir da vor vollen Augen die Tatsachen sehen. Anders ist es mit der zahlenden Entschädigung. Sie soll ja nach und nach entrichtet werden. Die genannten Summen sind so groß, daß oft uns gefragt wurde und noch häufig gefragt werden wird: Sind wir imstande, sie aufzubringen? Diese äußerst wichtige Frage bewegt die führenden Wirtschaftspersonen (die Unternehmer, Angestellten — uns Arbeiterführer) so sehr, daß daneben die andere Frage: welche Wirkung kann die Kriegsentschädigung auf die Volkswirtschaften und das Gesellschaftsleben der Erhaltenden möglicherweise ausüben, etwas in den Hintergrund geschoben wird. Für uns ist es aber nicht nur wichtig, ob und wie wir zahlen können, sondern auch: Welche Wirkungen üben unsere Zahlungen auf unsere ehemaligen Kriegsgegner aus. Denn von diesen Wirkungen werden auch wir betroffen. Die Art, wie die Kriegsentschädigung in die ausländischen Volkswirtschaften eingeführt wird, übt Rückwirkungen auf unser eigenes Wirtschafts- und Gesellschaftsleben aus, und deshalb müssen wir uns auch darüber Klarheit zu verschaffen suchen.

Womit können wir zahlen und womit sollen wir zahlen, diese zwei Fragen müssen beantwortet werden, wenn wir eine feste Grundlage für unsere Betrachtungen gewinnen wollen. Der nicht wirtschaftlich bedingte wird sich darauf fragen, es doch nur in Geld, womit denn sonst; denn eine andere Zahlungsart ist undenkbar. Daraus ist zu erwidern, in oder mit Geld wird ganz und garnicht gezahlt, es wird in Geldeinheiten (Mark, Frank, Dollar u. a.) gezahlt, eigentlich gezahlt kann nur in Waren (Kohle, Holz, Getreide, Maschinen, Stoff, chemischen und ähnlichen Erzeugnissen) werden.

Statt, wir könnten unseren Gläubigern auch Geld geben, aber Warenwert hat doch nur das Gold, Silber, Nickel- und Kupfergeld. Vor dem Ausbruch des Krieges

hatten wir etwa 5 Milliarden von diesen in Münzen ausgeprägten Geld. Wenn wir auch alles gemünzte Geld hingäßen, so könnten wir damit nur einen ganz winzigen Teil der uns aufgebürdeten Last abtragen. Also in diesem Gelde können wir unsern fremden Kriegsgläubigern keinen Ertrag (oder doch nur einen im Verhältnis zur Schuld kaum nennbaren) leisten. Ja, aber doch in Papiergeld könnten wir zahlen. Das wäre uns möglich, aber das wollen unsere ausländischen Kriegsgläubigern nicht. Sie wollen keine mit amtlichem Stempel versehenen Papierstücke, sondern für sie wertvolle und brauchbare Güter. Selbst aber, wenn sie Papiergeld von uns annehmen würden, wäre die Wirkung fast dieselbe, wie wenn wir ihnen die gewünschten wertvollen und brauchbaren Güter lieferten. Das Papiergeld müßten wir ihnen schenken (genauer, ohne einen Gegenwert oder Ertrag dafür beanspruchen zu können). Damit könnten sie bei uns kaufen, was sie wollten. Sie erhielten also die Waren, die sie für ihre Volkswirtschaften für nötig hielten. Würden wir uns demgegenüber ab-lehnend verhalten, so täte das auf eine Verweigerung der uns vertraglich auferlegten Pflichten hinaus. Von welchen Seiten wir diese Dinge auch betrachten mögen, in Wirklichkeit kann die Kriegsschuld nur in deutschen Erzeugnissen gezahlt werden.

Mit Erzeugnissen deutscher Kraft und deutschen Geistes können und sollen wir zahlen. Was aber bedeutet das?

Kurz gesagt: Wir müssen für andere arbeiten, ihnen die Erzeugnisse unseres Geistes und unserer Hände liefern, ohne von ihnen etwas dafür zu erhalten. Wir könnten ihnen ja auch unsere Kunstschätze (Museen, Silbergeleiten, Kerikate, Memorien u. a.) verkaufen und auf diese Art einen Teil der Kriegsschulden loswerden. Ob uns aber der Verlust der Kunstschätze eine merkliche Erleichterung brachte, erscheint sehr fraglich. Die allermeisten unter uns werden aber auch nicht wollen, daß unsere schönsten und besten Dinge auf Kammerniederliegen aus dem Lande geschafft werden. Zu der Einschränkung in körperlichen Dingen, wäre die Entschädigung geistigen Genusses kaum erträglich. Wie dem aber auch sei, unsere Wirtschaftslage würde damit einweilen kaum erheblich gebessert werden können und das ist im Augenblick das Entscheidende für uns.

Eine andere Möglichkeit, einen Teil der Kriegsschuldung zu bezahlen, ist die Auswanderung von arbeitswilligen und arbeitsfähigen Volksgenossen. Sie könnten ihre Lieberhänge (ihre erworbenen Geld) in die Heimat jenseits und die Heimat könnte damit entsprechende Beträge

an das Gläubigerland abführen. Das wäre auch ein Mittel, unser entwertetes Geld wieder wertvoller zu machen. Denkt man aber über diese Möglichkeit weiter nach, dann tauchen doch Bedenken darüber auf, ob die Auswanderung ein zweckmäßiges Mittel der Kriegskostenbedeckung ist. Auf der einen Seite lockt ein finanzieller Gewinn, auf der anderen Seite entstehen Lücken und Schäden im deutschen Wirtschaftsleben, wenn eine Auswanderung im größeren Maßstabe stattfinden würde. Wie waren unserer Volkswirtschaft begabte, kennnisreiche und willensstarke Menschen mehr nötig als jetzt. Sie sind tatsächlich wertvoller als Geld und Gut; denn sie sind es, die neuen Wohlstand in allmählicher und emsiger Arbeit zu schaffen vermögen. Die Menschen, die für uns neue Werte im Ausland schaffen, sind wichtiger und wertvoller für uns als die, die auswandern, fremde Volkswirtschaften besuchten und so dazu beitragen, daß die Bedeutung unseres Vaterlandes immer mehr und mehr herunterfällt. Soweit es in unserer Kraft und Macht steht, kann die Frage nicht lauten: Waren oder Menschen ausführen, sondern nur: Waren ausführen. Das wertvollste Gut der Volkswirtschaft, den tüchtigen Unternehmer, Angestellten und Arbeiter, den kennnisreichen Gewerbetreibenden, Händler und Landwirt, kurz, den tüchtigen Wirtschaftsmenschen müssen wir im Lande zu halten suchen. Er wird uns am ehestens in die Lage versetzen, aus der Kriegsschuldung herauszukommen.

Der einzige vernünftige Ausweg, die Kriegsentschädigung abzubezahlen, ist die Warenzufuhr in die Länder der Entente, ohne daß dafür etwas dagegen geleistet wird. Um liefern zu können, müssen wir mehr arbeiten als die Völker der Kriegsentschädigung empfangenden Länder. Die Sorge, von unsern Gläubigern die nötigen Rohstoffe zu erhalten, ist sinnlos. Die Entente weiß, daß es zu ihrem eigenen Wohle ist, wenn sie uns das Nötige liefert. Täte sie das nicht, dann könnte sie von uns keine Entschädigung erhalten. Denn wovon anders sollten wir zahlen als von unserer Hände Arbeit. Die Entente befindet sich uns gegenüber in der Lage des Gläubigers, der das denkbar größte Interesse daran hat, daß sein Schuldner zahlungswillig und zahlungsähig bleibt. Wie aber wird diese Sorgfalt (oder der Druck, wenn man dieselbe Tatsache etwas anders bezeichnen will) wirken?

Einer Wehrarbeit steht eine Wenigerarbeit gegenüber. Wir werden uns ragen und spüren müssen, die Entente-völker können lässiger sein. Das ist letzten Endes die Wirkung der Kriegsentschädigung, wir müssen Lieberhänge zu

durch ihr Verhalten unbewußt dazu beitragen, daß deutsche Arbeiter geschädigt werden.

Von welcher Seite man die Sache betrachtet, die Forderung des Reichswirtschaftsministers, daß es notwendig sei, das Loch im Westen zu verstopfen, ist berechtigt.

Allgemeine Rundschau

Wohin steuern die sozialdemokratischen Gewerkschaften?

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ist unterhöhlt durch zersetzenden Radikalismus und beginnt zu wanken.

Auf der vom 13. bis 22. Oktober in Stuttgart abgehaltenen, stürmisch verlaufenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ist diese stärkste freie Gewerkschaftsorganisation als reife Frucht den Radikalen in den Schoß gefallen.

U.S.P. und Spartakus haben als eines ihrer Ziele die Durchsetzung der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit ihren Ideen aufgestellt.

Die christlichen Gewerkschaften haben bisher viel wirkungsvoller die Interessen der Arbeiterchaft vertreten, als die roten Gewerkschaften, sie haben sich aber niemals von einer einseitigen Klassenpolitik allein leiten lassen.

erzielen suchen, unsere Gläubiger müssen sie aufnehmen und ihren oder fremden Volkswirtschaften einzufügen suchen.

Wenn nicht alles trägt, dann wird die Wirkung die sein, daß der auf uns lastende Druck zur Anspannung aller geistigen und stofflichen Kräfte führt: Verbesserung der Arbeitsweisen und Maschinen, sorgfältigste Ausnützung der Materialien, die auf feinste und letzte durchgebildete Arbeitsanordnung in der Erzeugung, im Verkehr, die größte Wirtschaftlichkeit im Verbrauch.

Würden unsere Gläubiger volks- und weltwirtschaftlich genügend geschult und klug genug sein, dann dürften sie nicht allzuviel aus uns herausholen wollen.

Gesamtheit mitzuarbeiten, wären gerade die Arbeitsgemeinschaften der Unternehmer und Gewerkschaften, wo sich diese beiden Faktoren auch menschlich näher kamen und so dazu beitragen, die Kluft, die zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft bestand, in etwa zu verringern.

Bist du jung

und willst du ein vom rechten Gewerkschaftsgeist besetztes Mitglied sein, dann arbeite nach Kräften an der äußeren Stärkung und inneren Festigung des Verbandes mit.

Bewegung nur von sehr wenigen genannt worden, man redete der Masse nach dem Mund, forderte Rechte auf Rechte, aber daß damit auch ein Maß von Pflichten verbunden war, darüber ging man hinweg.

Aber damit nicht genug. Man bekämpfte die sittlichen Ideale, man bekämpfte jede positive Religion, besonders die christliche, trotz der sogenannten „religiösen Neutralität“.

Aus unserer Industrie.

Die Geschäftslage des deutschen Webstoffgewerbes.

Die augenblickliche Lage des deutschen Webstoffgewerbes läßt sich dahin kennzeichnen, daß in allen Zweigen ohne Ausnahme sehr rege Nachfrage nach Webwaren aller Art besteht.

Schuldner und Gläubiger müssen sich gründlich und gewissenhaft überlegen, wie die Kriegsschuldigung am besten aufgebracht und verteilt werden sollte.

Wohl oder übel muß sich die fremde Wirtschaft auf die Zahlung der Kriegsschuldigung einrichten. Sie erhält Geld oder Waren. Ahtet das Geld regelmäßig oder kommen die Waren regelmäßig an, dann tritt jene Abhängigkeit ein, die hier schon angebeutet wurde, stockt aber die Geld- oder Warenzufuhr aus irgend einem Grunde, dann wird das ganze Wirtschaftsleben des empfangenden Landes in Mitleidenschaft gezogen.

Deutschland, so war der Plan feindlicher Wirtschaftspolitik, sollte vom Weltmarkt zurückgedrängt oder gar verdrängt werden. Nun wird es durch die Zahlung der Kriegsschuldigung hineingezwungen.

für Damenbekleidung hält unvermindert an, doch macht sich der Rohstoffmangel noch sehr fühlbar, sodaß die Fabriken gezwungen sind, einen großen Teil der ihnen zugehenden Aufträge abzulehnen.

Wettbewerb der Schweiz in der Befajindustrie.

Die schweizerische Befajindustrie, welche vor dem Kriege recht unbedeutend war, scheint sich in bedeutender Weise entwickeln zu wollen.

Aus unserer Bewegung.

Von der „Freiheit“ der Freien im „freien“ Freistaat Sachsen.

Zu den ältesten Programmforderungen der Sozialdemokratie gehört die der Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen.

Hinzu kommt dann noch die Ausschaltung unseres Verbandes bei der Bildung der Bezirksgruppe Sachsen der Arbeitsgemeinschaft und beim Abschluß von Tarifverträgen in Westsachsen.

gegen etwas anzukämpfen, das man doch nicht ändern kann. Umso mehr aber müssen wir unsere Kräfte zusammenraffen und sie auf mögliche Verbesserungen einstellen.

Eine doppelte Pflicht erwächst uns aus der Leistung der Kriegsschuldigung: Im Innern aufzuklären und im Ausland aufzuklären. Gerade Offenheit und volle Wahrheit zu verbreiten. Es muß gesagt werden, was ist und was sein könnte.

Leibliche und geistige Kraft hat das deutsche Volk zu seiner Genugung nötig. Zuerst ist Brot, Fett, Fleisch und dergleichen das Wichtigste. Einstweilen ist das unsere wichtigste Aufgabe, dann aber unmittelbar die geistige Kraft, die Belehrung und Aufklärung im volkserhaltenden Sinne.

von uns schärfster Protest erhoben worden beim Vorstand der Bezirksgruppe Sachsen, beim Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft, beim sächsischen Arbeitsministerium und beim Reichsarbeitsministerium.

Ende vergangenen und anfangs dieses Monats wurde durch die sozialdemokratischen Arbeiterausschüsse der Firmen G. F. Thomas Sohn, Filzschiffabrik in Lengenfeld im Vogtland, Hoffmann, Gardinenfabrik in Zwidau, Fischer, Maas und Kappauf in Oberlungwitz, Industriewerke (Inhaber Wecker) in Plauen, S. B. Meyer in Plauen-Reinsdorf, Trikotagefabrik in Wilsdorf, Textilbetrieb Burthardsdorf. S. von den christlich organisierten Arbeitern der Uebertritt in den sozialdemokratischen Verband verlangt. Würden sie sich weigern überzutreten, dann müssten sie unter den gültigen Tariflohnstufen arbeiten oder entlassen werden.

Wir haben Beweise dafür, daß es sich um einen wohlüberlegten und planmäßigen Angriff auf unsern Verband in Westsachsen handelt. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat sich an diesem neuesten Koalitionsrechtstraub und an dieser Knechtung der Gewinnungsfreiheit mit schuldig gemacht. Er kann diese Schuld nicht von sich abwälzen mit der sonst immer üblichen Begründung sozialdemokratischer Führer, daß nur wieder einmal undisciplinierte Mitglieder auf eigene Faust gehandelt hätten: Die allermeisten Unternehmer haben in den vorhin erwähnten Fällen unabhängig-kommunistischer Brutalität erfreulicherweise keine Nachgiebigkeit gezeigt. Nur in einigen wenigen Fällen boten einzelne Unternehmer ihre Hand zur Rechtslosmachung und Entzweiung von Arbeitern, die noch auf dem Boden einer gesunden Gewerbesolidarität stehen.

Die Unabhängigen und Kommunisten des Deutschen Textilarbeiterverbandes wollen aber, wie es scheint, mit ihrem überspannten Machtstandpunkt in Sachsen Material für das Betriebsrätegesetz liefern. Würde in diesem Gesetz die Bestimmung, wonach den Betriebsräten die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten untersteht, Aufnahme finden, so würde diese Bestimmung in der Hand der fanatisierten Terroristen „Rot oder kein Brot“ und damit die unaufhörliche und unausgesetzte Gewinnungsknechtung Andersdenkender bedeuten.

Bezirkskonferenz Hannover.

Wegen der räumlich zu weiten Ausdehnung und der schlechten Verkehrsverhältnisse war es unserem Bezirk nicht möglich, eine einheitliche Herbstkonferenz für den ganzen Bezirk abzuhalten. Es fanden daher zwei Konferenzen statt. Am 19. Oktober in Seimefeld für den südlichen Teil und am 26. Oktober in Hannover für den nördlichen Teil des Bezirks.

Beide Konferenzen waren trotz der schwierigen Umstände sehr gut besucht. Vertreten waren insgesamt 31 Ortsgruppen durch 65 Delegierte.

Die Tagesordnung war für beide Konferenzen wie folgt festgelegt:

- 1. Geschäftsbericht des Bezirksleiters Kollegen Lenjing-Hannover.
2. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung, Kollege Gute-Heiligenstadt.
3. Referat des Kollegen Lenjing über neuzeitliche Gewerkschaftsarbeit.
4. Vornahme der erforderlichen Wahlen.

Lebhafte Diskussionen, in denen sich die Delegierten sowohl mit den Beschlüssen der Verbandsgeneralversammlung, wie auch mit der bisherigen Tätigkeit des Bezirksleiters einverstanden erklärten, waren auf beiden Konferenzen zu verzeichnen. Besonders ausführlich wurde die Tarifpolitik der letzten Zeit besprochen und wertvolle Anregungen für das Weiterarbeiten gegeben.

Als Bezirksleiter wurde einstimmig Kollege Lenjing-Hannover und als Stellvertreter Kollege Gute-Heiligenstadt gewählt.

In den Bezirksbeiräten wurden gewählt die Kollegen Will-Julda, Girund-Dingelstädt, Gute-Heiligenstadt, Köpke-Döhren-Büchel, Heinrich Wilhelm-Hannover-Linden.

In die Sekretariatskommission für das Sekretaria. Heiligenstadt wurden gewählt die Kolleginnen Kaufhold-Hirsungen, Seppeler-Dingelstädt und die Kollegen Burghardt-Gasse, Lange-Diedorf und Kupniak-Julda.

Der gute Verlauf der Tagung, die zuverlässige Stimmung der Delegierten und der Klar zu Lage tretende Wille zur Mitarbeit berechtigen für die Zukunft des Bezirks zu den schönsten Erwartungen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wittenberg. Ein Fest- und Ehrenfest, das zu Eißig geworden, war hier der 9. November für die Sozialdemokratie. Obgleich für die Vorbereitungen zu der durch große Plakate angekündigten Feier in städtischen Diensten stehende Leute während der Dienststunden mißbraucht worden waren, wurde dennoch die ganze Zehntner für die Revolutionsmänner ein vollstündiger Vereinfach. An dem großen Festzug nahmen ganze 50 Mann, meistens dienstfähige junge Leute, teil. Der „Festzug“ bewegte sich durch die Straßen unserer Stadt, die mit vier Fahnen, zwei an der Marktplatz, eine am Anfang der Goethestraße und eine in der Hauptstraße festlich geschmückt waren. Mit Ausnahme des Schützenbundes Aldeburg, der mit Feiern betrauert war, nahm kein Verein an dem Festzug teil. Wir wurden in unserer Zeitung diesem großartigen Festzug keine Beachtung geschenkt haben, wenn Herr Stadtrat von der Welt nicht wiederholt den Mund von der Wehrheit des Volkes, die er in unserer Stadt angeblich vertritt, so voll genommen hätte. Darum wird Herr von der Dr. gewöhnlich der „Berühmten“ Revolutionsfeier von 1919 für die Folge gut davon tun, wenn er sich nicht mehr so oft auf die

von ihm angeblich vertretene Volksmehrheit beruft. Er müßte im andern Falle dann an den 9. November 1919 erinnert werden.

Spe. Eine wohlgelungene Veranstaltung war der von unserer Ortsgruppe am 9. November abgehaltene Familienabend, zu der sich wohl über 600 Personen eingefunden hatten. Die Festversammlung wurde vom Vorsitzenden Rod eröffnet, der in seiner Eröffnungsansprache darauf hinwies, daß es einigen Kollegen nicht vergönnt sei, an dem Feste teilzunehmen, weil sie sich noch in der Gefangenschaft befänden; andere brave Kollegen hätten ihr Leben fürs Vaterland lassen müssen und ruhten nun fern von der Heimat in kühler Erde. Alle diese braven Kollegen solle man auch am heutigen Festtage nicht vergessen. Die Festrede hatte Gewerkschaftssekretär Dieter aus Ahaus übernommen, der über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der heutigen Zeit redete. Sollten die christlichen Gewerkschaften ihre hohe Mission erfüllen, so müßten die Mitglieder treue Mitarbeit leisten. Opferinn,

Wer Erfolg haben will muß auch den Preis dafür bezahlen, er muß Herz und Seele hineinstecken in die Arbeit, für die er sein ganzes Leben einsetzt. Denkende Gewerkschaftler achten und schätzen darnun die Gewerkschaftsarbeit und scheuen auch keine Opfer und Mühen, um ihrer Organisation und damit der Arbeitererschaft Erfolge zu sichern.

Pflichttreue und Solidaritätsgefühl müßten geküßt werden. Der Vorsitzende Rod dankte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen und gab das Wort an die Epener Arbeitererschaft, die ihre Pflicht der Organisation gegenüber erfüllen würde. Hiernach ging man zum gemütlichen Teil der Veranstaltung über, bestehend in Konzert, Theater und humoristischer Unterhaltung. Es war in allen Teilen ein sehr schönes Fest, was recht lange in Erinnerung bleiben wird.

Großau. Ueber Weien und Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften verbreitete sich in einer am 9. November im evangelischen Vereinshaus abgehaltenen Versammlung Kollege Dieter-Ahaus. Ferner berichtete Kollege Zerthoff über den kirchlich in Kraft getretenen neuen Lohnsatz. In der anschließenden Ansprache wurde betont, daß bei einer eventuellen Nichtbeachtung des Tarifes seitens der Arbeitgeber sich die Verbandsmitglieder an die Arbeiterausschüsse zu wenden hätten. Würde dieses unterlassen, so hätten die betreffenden Arbeiter selbst den Schaden zu tragen. Auch die Erhöhung der Verbandsbeiträge wurde eingehend besprochen.

Soll. Unsere Generalversammlung am 26. 10. im Lokale von Kremers, die zahlreich besucht war, wurde von unserm Vorsitzenden Kollege Hagen geleitet. Nach Begrüßungsworten erteilte er dem Kollegen Fing-Döhler das Wort, welcher kurz die Beitragserhöhung begründete. Dann referierte Kollege Elafen über die Verbandsgeneralversammlung. In der anschließenden Diskussion, an der sich rege beteiligt wurde, fand eine rege Aussprache, besonders über Beitragserhöhung statt. Alle sprachen sich dahin aus, daß es ohne Beitragserhöhung nicht weiter gehe, alle waren auch mit derselben einverstanden. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Anwesenheit in Zukunft für einen regen Besuch der Versammlung tätig zu sein.

Sorßmar. Ein neues Glied in der starken Kette unseres Verbandes ist durch Gründung unserer Ortsgruppe eingeschrieben worden. Nach reger opfernder Mitarbeit einiger Kollegen und Kolleginnen für unsere Bewegung konnte am Montag, den 10. November in einer gut besuchten Mitgliederversammlung die endgültige Wahl des Vorstandes vor sich gehen.

Nachdem Kollege Schilling-Rheine auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen und daß wir uns unserer Selbstanscheinung gemäß nur in den christlichen Berufsverbänden organisieren können, wies Redner auf die große Bedeutung hin, die eine Vorstandswahl für jede Ortsgruppe bilde. Das Ansehen der Personen und der gute Ruf derselben sei für die Bewegung von großer Bedeutung. Einstimmig wurden folgende Kollegen und Kolleginnen in den Vorstand gewählt: Als 1. Vorsitzender die Kollegin Gertrud Sievers, als Kassierer die Kollegin Anna Reders. Als Schriftführer der Kollege Heinrich Schulz. Als Beisitzer die Kolleginnen Franziska Aber-Fegge und Ursula Gehjelmann.

Zu weiteren Verlauf der Versammlung wurden seitens der Strickarbeiterinnen einige Wünsche und Beschwerden betreffs der dortigen Firma vorgebracht. Derselben sind am folgenden Tage nach Rücksprache mit der Firma durch den Kollegen Schilling unter Hinzuziehung des Arbeiterausschusses erledigt worden, und zwar in einem von den Arbeiterinnen gewünschten Sinne, der ihnen bedeutende Verbesserungen gebracht hat.

Reichenbach (Schlesien). Die hiesige Ortsgruppe der christlichen Textilarbeiter hielt am Freitag, den 3. Oktober 1919, im Vereinslokal Dantes Gasse, eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Hanter hielt zunächst einen Vortrag über Zweck, Ziele und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Der Redner entwirft ein anschauliches Bild über die Entwicklung unserer heimischen Volkswirtschaft, die Revolution kurz streifend, bis zur heutigen Zeit. Die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen sei ein Produkt der in früheren Jahren für den Lohnarbeiterstand ansehnlich angestiegenen wirtschaftlicher Verhältnisse. Durch die Gewerkschaften seien große Erfolge auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet für den Arbeiter erreicht worden. Das Zukunftsbestimmen von Tarifverträgen sei nur den gewerkschaftlichen Organisationen zu danken. Darum heraus aus dem Jahresthemenkreis hinaus in die Gewerkschaftsbewegung. Bedauerlich sei, daß nicht eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland vorhanden sei. Die Schuld hieran tragen die sog. anstehenden freien Gewerkschaften, die durch ihr Zusammengehen mit der Sozialdemokratie und durch die einseitige Internationalisierung die christlich-national getauften Arbeiter zur Gründung der christlichen Ge-

werkschaften zwingen. Referent schildert eingehend die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, die jetzt bereits über 1 100 000 Mitglieder zählen und deren Zuwachs ständig ansteigt. Für eine gedeihliche Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens sei ein geistig und wirtschaftlich hochstehender Arbeiterstand Voraussetzung. Um dies zu erreichen, dürfe man nicht utopien nachhagen, sondern da gelte es, praktische wirtschaftliche Gegenwartsarbeit zu leisten. Hier haben die christlichen Gewerkschaften bahnbrechend gewirkt. Er verurteilte die Putzige und wilden Streiks durch ihre parteipolitische Neutralität haben sich die christlichen Gewerkschaften ein Grundmal geschaffen, die auch für die Zukunft ausschlaggebend sein wird. Am Ende seiner Ausführungen angekommen, behandelte Redner noch kurz die Pflichten und Aufgaben der Arbeiterausschüsse in den Betrieben und der zu erwartenden Betriebsräte, auch auf das eifrige Wesen der Verbandszeitung hinweisend. Lebhafter Beifall gab davon Zeugnis, daß seine Ausführungen wohl verstanden waren, hopen sie doch speziell dem neuen Gewerkschaftler Gelegenheit, seine Kenntnise in der Gewerkschaftsbewegung zu bereichern. — Hierauf ergriff der 1. Vorsitzende, Kollege P. Gottschling, das Wort, um den Anwesenden Bericht zu erstatten über die zur Stunde noch nicht abgeschlossenen Tarifverhandlungen im Hotel „Kaiserhof“, an welchen Kollege P. Gottschling als Vertreter des christlichen Textilarbeiterverbandes mit teilgenommen hatte. Mit Spannung erwartete man das Endergebnis, aber leider konnte auch der inzwischen erschienenen und an den Verhandlungen teilnehmende Gewerkschaftssekretär Jungnickel-Meustadt (D.S.) nur mitteilen, daß ein endgültiges Resultat noch nicht erzielt und die weiteren Beratungen auf Sonnabend vormittag anberaumt worden seien. Ueber den Verlauf derselben werden die Mitglieder in der nächsten Versammlung durch Vortrag eingehend unterrichtet werden. Am Schluß der Versammlung kam Kollege Gottschling noch auf die Fuldaer Diözesalkonferenz zu sprechen und bemerkte hierbei, daß durch den einstimmigen Beschluß, den Kardinal Dr. v. Hartmann-Köln an den Generalsekretär des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) sandte, nun auch damit der hiesigen katholischen Arbeitererschaft Tag gezeigt sein dürfte, der eine Einigung im Interesse der christlich-nationalen Arbeitererschaft herbeiführt.

Walheim. Eine von der Besatzungsbehörde genehmigte Versammlung konnten wir hier nach längerer Pause am 26. Oktober abhalten. Dem Ortsgruppenassistenten, Kollegen Mathias Böll, wurde nach der Erstattung des Berichtes von der Versammlung Entlastung erteilt. Dann berichtete Kollegin Vogt aus Büchel über die Verhandlungen der Verbandsgeneralversammlung. Ihre Aaren und leichtverständlichen Ausführungen wurden von der Versammlung recht heifällig aufgenommen. Sodann erstattete Kollege Kremer-Nachen einen sehr instruktiven Bericht über unsere nächsten Aufgaben im Verband. Die Aussprache zeugte von einem regen gewerkschaftlichen Geiste in unserer Ortsgruppe. Daran beteiligten sich vorwiegend Kollegin Krott-Nachen-B., Kollege Josef Berger und Kollege Heinrich Krott. Dieselben verbreiteten sich hauptsächlich über die Lohnverhältnisse in der hiesigen Textildindustrie und über die Beitragszahlung.

In der vorletzten Versammlung wurden wiedergewählt: Als Vorsitzende Kollegin Maria Koch, als Kassierer Kollege Mathias Böll, als Schriftführerin Kollegin Katharina Houbi, ferner als Beisitzer Kollege Josef Berger und Kollege Wilhelm Dikender neugewählt. Hoffentlich belassen sich unsere Mitglieder etwas mehr auf ihre gewerkschaftlichen Pflichten und besuchen fortan die Versammlungen zahlreicher. Nur dann wird hier wieder wie vor dem Kriege eine vorbildliche gewerkschaftliche Betriebsamkeit Einkehr halten.

Besondere Bekanntmachungen.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragzahlung Eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Im Interesse der Mitglieder machen wir daraufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 48. Wochenbeitrag im Jahre 1919 für die Zeit vom 30. November bis zum 6. Dezember 1919 fällig ist.

Versammlungskalender.

- Strom. 30. November, 5 Uhr, im Lokale Ternierßen.
Rhehdt. 7. Dezember, 11 Uhr, im Bahnhofshotel (Bahnhofstraße), Arbeiterinnenversammlung.
Greiz (Vogtl.). Sonnabend, 29. November, 1/2 8 Uhr im Restaurant „Felsenkeller“ Mitgliederversammlung.
Plauen (Vogtl.). Mittwoch, 3. Dezember, nachmittags 1/2 6 Uhr im Lokale „Marthaheim“ Mitgliederversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Zurück zum Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit! — Unfallsteuer und Textildindustrie. — 5 Millionen Mark zur Förderung der Textilforschung. — Das Loch im Westen. — Genilleou: Rökliche Wirkung der Kriegsschädigung. — Allgemeine Rundschau: Rohrn steuern die sozialdemokratischen Gewerkschaften? — Aus unserer Industrie: Die Geschäftsfrage des deutschen Webstoffgewerbes. — Wettbewerb der Schweiz in der Beschäftigungsindustrie. — Aus unserer Bewegung: Von der „Freiheit“ der Freien im „freien“ Freistaat Sachsen. — Bezirkskonferenz Hannover. — Berichte aus den Ortsgruppen: Wittenberg. — Spe. — Großau. — Soll. — Sorßmar. — Reichenbach. — Walheim. — Besondere Bekanntmachungen. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Dörfelweg 56, Rautenbühlstr. 7.